

Die Studie „Politik Online“ analysiert die Auftritte der Parteien im elektronischen Datennetz

Österreichs Parteien im Netz

Die Parteien entdecken das Internet als Medium zur Selbstdarstellung und zur Kommunikation mit den Wählern. Für die Wirtschaft ist das Web-Angebot aber dürftig.

Für die Soziologin Angelika Volst und die Sozialwissenschaftlerin Irmaud Voglmayr ist das Internet ein Hoffnungsträger für mehr Bürgernähe in der Politik, eine effizientere Verwaltung und direktere Demokratie. Zu diesem Schluß kommen die beiden Autorinnen in ihrer an der Donau-Universität Krems durchgeführten Studie „Politik Online“, die in den nächsten Tagen vorgestellt wird.

Von
BETTINA STOMPER

Eine Chance, die die Parteien allerdings erst eingeschränkt nutzen. Johann Günther, Leiter der Abteilung für Telekommunikation, Information und Medien an der Donau-Uni Krems: „Die Parteien verfolgen sehr unterschiedliche Internet-Konzepte. Während Grüne, SPÖ und ÖVP das neue Kommunikationsmedium nutzen, um mehr über die Bürger zu erfahren, sehen Linz und Freiheitliche das Internet vor allem als eine Plattform zur Selbstdarstellung.

Die Wählermeinung zählt da weniger.“ Laut Günther läßt eine Partei, die er allerdings nicht namentlich nennen möchte, die e-mails von Wählern sogar als „uninteressanten Junk“ allmorgendlich in den Papierkorb wandern.

Kaum Wirtschaftsinfos

Für die Wirtschaftstreibenden ist das Web-Angebot der Parteien eher dürftig. Die ÖVP widmet zwar eine eigene Seite der Mascherlsammlung von Wolfgang Schüssel, und bei fast allen Parteien sind die führenden politischen Persönlichkeiten omnipräsent, ernsthafte wirtschaftspolitische Informationen kommen aber zu kurz.

Günther: „Dabei ist die Wirtschaft im Vergleich zum Durchschnitt der österreichischen Bevölkerung sehr stark im Internet vertreten.“

Gerade das Liberale Forum und die ÖVP finden durch die intensive Präsenz von Wirtschaftstreibenden im Netz besonders viele potentielle Wähler vor. Nach den Untersuchungen von Johann Günther, „wählen 20 Prozent der Internet-User das Liberale

Forum, viele davon kommen aus der Wirtschaft. Es wäre daher sehr geschickt, diese Klientel auch mit Wirtschaftsinformationen zu versorgen.“

Internet-Demokratie

Derzeit nutzen 650.000 Österreicher das Internet. Grundsätzlich haben bundesweit mehr als eine Million Personen, das sind 17 Prozent der Bevölkerung im Alter von über 14 Jahren, Web-Zugang.

Günther: „Für eine echte Internet-Demokratie mit aussagekräftigen Abstimmungen gibt es im Moment noch zu wenig User. Schon jetzt ist dieses Medium aber sehr gut für Blitzumfragen unter der Bevölkerung geeignet.“

Blitzumfragen

Die schnelle Umfragemöglichkeit via Internet könnte für die Politiker über kurz oder lang eine starke Veränderung ihrer Arbeit und ihres Selbstverständnisses bringen. „Die Abgeordneten würden per Blitzumfrage sehr konkret mit dem Willen der Wähler, die sie im Nationalrat repräsentieren, konfrontiert“, sagt Günther.

Noch ist es aber nicht so weit: Weder gibt es die dafür notwendige Breitenwirkung des Datennetzes, noch hat das Internet folglich die Macht zum „Agenda Setting“.

Da die Kommunikation im Internet derzeit nicht „gemacht“ wird, sondern eher zu-

lochs war zum Beispiel weder in den Newsgruppen, noch auf der Website die Rede. Was dort diskutiert wurde, nämlich die Frage der Position zur gesetzlichen Bestimmung bei Sexualität mit Minderjährigen, war Boulevardthema der Massenmedien gewesen.

Auch bei den anderen Parteien findet sich bei den Chats, das sind Diskussionen, bei denen die Teilnehmer via Tastatur und Bildschirm unmittelbar miteinander kommunizieren, kaum Tagesaktualität. So reichen die Themen der Chats in der SPÖ von dem Dauerbrenner Nato-Diskussion über die Hanf-Freigabe bis hin zur nationalenbewegenden Frage „Wann arbeitet der Grüne Stadtrat Peter Pilz?“.

Johann Günther, Leiter der Abteilung für Telekommunikation, Information und Medien an

